

„Keine echte Wahlfreiheit“

Religion und Philosophie: SSW liest aus Zahlen des Bildungsministeriums eine fehlende Gleichberechtigung an Schulen heraus

Von Frank Jung

KIEL „Das Land bietet Philosophie-Unterricht nicht im vorgesehenen Umfang an. Damit gibt es keine echte Wahlfreiheit gegenüber Religion.“ Dieses Fazit zieht der SSW-Landtagsabgeordnete Lars Harms aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die er ans Bildungsministerium gestellt hat. Demnach steht an 715 öffentlichen Schulen evangelische Religion auf dem Stundenplan – jedoch nur an 314 so genannter „gleichwertiger Unterricht“. Dabei handelt es sich in der Regel um Philosophie.

Das Schulgesetz stellt die Teilnahme am Religionsunterricht frei. Jugendliche, die mit 14 Jahren religionsmündig werden, können sich davon abmelden. Bei jüngeren Kindern obliegt den Eltern dieses Recht. Für alle, die abgemeldet sind, sieht das Schulgesetz „gleichwertigen Unterricht“ vor, nach einer Soll-Bestimmung möglichst in Form von Philosophie.

Harms blickt kritisch auf die Differenz zwischen den 715 Schulen mit evangelischen Religionsstunden und die 314 mit Philosophie: „Es ist lebensfremd zu glauben, dass an

411 Schulen niemand lieber Philosophie statt Religion haben möchte.“ Der Abgeordnete verweist auf eine immer säkularer werdende Gesellschaft, in der sich Menschen zunehmend von der Kirche abkehren. Immer wieder werde er darauf angesprochen, dass Eltern oder Schüler lieber Philosophie statt Religion in der Schule hätten – mit diesem Wunsch jedoch nicht zum Zuge kämen. Mitunter nimmt Harms bei Eltern auch eine aus seiner Sicht „falsche Bescheidenheit“ wahr. Sie würden resignieren, „weil sie das Gefühl haben, dass extra für ihr Kind etwas organisiert werden müsste, wenn sie zu Religion Nein sagen“. Der SSW-Politiker findet das verkehrt. „Eltern dürfen nicht unter Gruppendruck geraten“, sagt er. Harms argumentiert: „Religionsfreiheit und damit auch der Verzicht darauf ist ein Grundrecht.“ Die Landesregierung habe deshalb die Pflicht, „dafür Sorge zu tragen, dass man alternativ Philosophie bekommen kann“. Zu praktischen Hürden sagt der Parlamentarier: „Man kann den Philosophie-Unterricht auch jahrgangs- oder schulübergreifend anbieten.“

Die stellvertretende Landes-

vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft (GEW), Katja Coordes, meint ebenfalls: „Die Antwort des Ministeriums legt den Schluss nahe, dass an vielen Schulen Philosophie nicht als gleichwertiger Ersatz für Religion angeboten wird. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gehen auf diese Schulen Kinder und Jugendliche, die gerne am Philosophie-



„Eltern dürfen nicht unter Gruppendruck geraten.“

Lars Harms
SSW-Gruppenchef im Landtag

unterricht teilnehmen würden.“ Die Schulen sind nach Einschätzung Coordes, die selbst Lehrerin ist, „in der Regel nicht so ausgestattet, dass Philosophie und Religion als echte Alternativen angeboten werden können“. Erfahrungsgemäß führe das „zum Teil auch zu anderweitigem statt gleichwertigem Unterricht oder sonstigen kreativen Lösungen – obwohl die rechtlichen Grundlagen das nicht hergeben.“

Häufig werde Philosophie auch fachfremd erteilt, weil es an ausgebildeten Lehrkräften für das Fach fehle. „Hier gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf“.

Dass kein Philosophie-Unterricht angeboten werden kann, trifft nach Angaben des Bildungsministeriums vor allem auf Grundschulen zu. Es gebe 395 Grundschulen, gibt Sprecher Thomas Schunck zu bedenken. Erst seit dem Schuljahr 2011/12 bestehe die Möglichkeit, auch an dieser Schularart Philosophie zu unterrichten. „Von da an haben wir begonnen, sukzessive Lehrkräfte zum Erteilen von Philosophieunterricht zu qualifizieren.“ Ob das Fach erteilt werde, hänge auch davon ab, ob mindestens zwölf Schüler für eine Lerngruppe entweder aus einer Klasse oder jahrgangsübergreifend zustande kämen. Zu der Frage, inwieweit Eltern und Schüler um die Freiwilligkeit bei Religion wissen, sagt Schunck: „Alle Eltern beziehungsweise Schüler erhalten eine Anmeldebogen für den Religionsunterricht, der auch die Möglichkeit vorsieht, religionsersetzenden Unterricht zu wünschen.“

Zu Gelassenheit rät man bei der Berufsorganisation der Gymnasiallehrer. „Ich habe das noch nie als großes Thema wahrgenommen“, sagt der Vorsitzende des Philologenverbands, Jens Finger, zu dem Vorwurf, Philosophie komme gegenüber Religion zu kurz. „Beide Fächer haben ihre Berechtigung“, findet er – betont aber ebenso: „Beide Fächer haben bei ethischen Fragestellungen auch größere Schnittmengen.“ Von daher müsse man keineswegs bekennender Christ sein, um aus Religionsstunden etwas mitzunehmen. „Im Übrigen“, beruhigt Finger weiter, „gehört zum Religionsunterricht heute auch, sich kritisch mit Religion auseinanderzusetzen.“

IN ZAHLEN RELIGION UND PHILOSOPHIE

> 173 315 Schüler an 715 öffentlichen Schulen erhalten **evangelischen Religionsunterricht**.

> 4651 Schüler an 153 Schulen erhalten **katholischen Religionsunterricht**.

> 45 754 Schüler an 314 Schulen erhalten „gleichwertigen Unterricht“, in der Regel **Philosophie**.

Quelle: Bildungsministerium